EU-Zentrum gegen Cyberkriminalität bei Europol

22.04.2012

EU-Kommission macht Vorschlag zur Errichtung eines Europäischen Zentrums zur Bekämpfung der Cyberkriminalität, das den europäischen Bürgern und Unternehmen im Kampf gegen die zunehmende Bedrohung durch Cyberstraftaten Hilfe leisten soll.

Vor dem Hintergrund, dass weltweit täglich schätzungsweise 1 Million Menschen Opfer von Cyberstraftaten werden und der dadurch entstehende finanzielle Schaden sich auf weltweit rund 388 Mrd. US-Dollar jährlich beläuft, will die EU bei EUROPOL ein Zentrum zur Bekämpfung der Cyberkriminalität und zum Verbraucherschutz beim elektronischen Geschäftsverkehr einrichten.

Pressemeldung der Europäischen Kommission - Vertretung in Deutschland vom 28.03.2012

EU-Kommission sagt Cyberkriminalität den Kampf an

Mit einem neuen Zentrum gegen Cyberkriminalität sagt die EU-Kommission der organisierten Kriminalität im Internet den Kampf an.

Das Zentrum soll bei der Europäischen Polizeibehörde Europol in Den Haag eingerichtet werden. Innenkommissarin Cecilia Malmström stellte die Pläne heute (Mittwoch) in Brüssel vor.

„Millionen Europäer nutzen das Internet für ihre Kontoführung, für Online-Einkäufe, für ihre Urlaubsplanung oder für den Kontakt zu Familienmitgliedern und Freunden über soziale Netze", sagte Malmström. „Wir dürfen nicht zulassen, dass Cyberkriminelle unser digitales Leben zerrütten. Ein innerhalb von Europol angesiedeltes Europäisches Zentrum zur Bekämpfung der Cyberkriminalität könnte als zentrale Schaltstelle für die Zusammenarbeit dafür sorgen, dass die Freiheit, die Offenheit und die Sicherheit des Internets gewahrt bleiben."

Das Zentrum soll als europäische Schaltstelle für die Bekämpfung von Cyberstraftaten dienen und vorrangig gegen solche illegalen Online-Tätigkeiten organisierter krimineller Vereinigungen vorgehen, die hohe illegale Erträge abwerfen, darunter Online-Betrug mit gestohlenen Kreditkarten und Bankkontendaten.

Die Sachverständigen der EU sollen zudem Cyberstraftaten bei elektronischen Bankgeschäften und Online-Buchungen vorbeugen und so das Vertrauen der Verbraucher in den elektronischen Geschäftsverkehr stärken. Ein Schwerpunkt der Tätigkeit des Zentrums wird der Schutz der Nutzerprofile sozialer Netze vor digitalem Missbrauch sein, wodurch ein Beitrag zur Bekämpfung des Identitätsdiebstahls im Internet geleistet werden soll. Ein weiterer Schwerpunkt ist die Bekämpfung von Cyberstraftaten, die eine schwere Schädigung ihrer Opfer bewirken (z.B. über das Internet begangene sexuelle Ausbeutung von Kindern), sowie von Cyberangriffen auf wichtige Infrastrukturen und Informationssysteme in der EU.

Weitere Informationen finden Sie in der ausführlichen Pressemitteilung.